

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

36/2002

Kiel, 18. März 2002

21. Tagung des Landtages: Zweiter Untersuchungsausschuss soll eingerichtet werden

Kiel (SHL) – Ab Mittwoch tritt der Schleswig-Holsteinische Landtag wieder für drei Tage zur Plenarsitzung zusammen. Während dieser 21. Tagung werden über vierzig Tagesordnungspunkte befasst.

In den ersten eineinhalb Stunden der Sitzung geht es am **Mittwoch, 20. März 2002**, um einen Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung des **Zweiten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses** in dieser Legislaturperiode (Drs. 15/1648). Klären soll der Ausschuss die Umstände der Auswahl eines Mittelbewirtschaftungs- und Kostenrechnungssystems für die Landesverwaltung durch das Finanzministerium. Der Ausschuss wird aus 13 Mitgliedern bestehen: 6 SPD, 4 CDU, je 1 FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und SSW. Der Vorsitz steht der CDU-Fraktion zu, da die SPD-Fraktion mit Holger Astrup, MdL, den Vorsitzenden des Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellt. In Erster Lesung wird anschließend über einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur **Unterbringung von besonders rückfallgefährdeten hochgefährlichen Straftätern** (Drs. 15/1667) beraten. Damit will die CDU eine Gesetzeslücke im Bundesrecht schließen und die nachträgliche Anordnung von Sicherungsverwahrung ermöglichen. Danach befasst sich das Parlament erneut mit der **Bundesrichterwahl**. Der Innen- und Rechtsausschuss hat dazu einstimmig eine Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 15/1445). Demnach sollen die Bundesrichterstellen künftig öffentlich ausgeschrieben werden. Der Richterwahlaus-

schuss des Bundes soll zudem um Richterinnen und Richter sowie Vertreterinnen und Vertreter der Anwaltschaft erweitert werden, fordert der Ausschuss.

Mit der **Industriefischerei** befasst sich ein anschließend zu beratender Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/1701). Der Antrag richtet sich gegen die sog. „Gammelfischerei“, die Fischfang über den Zweck des unmittelbaren menschlichen Verzehrs hinaus betreibt. In Schleswig-Holstein ist die Gammelfischerei verboten. Die Antragsteller fordern nun eine bundes- und europaweite Ausdehnung dieses Verbotes zum Schutz des Ökosystems Meer.

Am Nachmittag steht die **Situation der Justiz** in Schleswig-Holstein auf der Tagesordnung. Grundlage ist die gut hundertseitige Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion dazu (Drs. 15/1581).

Es folgt die Beratung eines Antrages der CDU-Fraktion zur **Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität** (Drs. 15/1713). Der mehrseitige Antrag enthält Forderungen zur Verbesserung der präventiven Arbeit und zum Umgang mit jugendlichen Intensivtäter. Die Möglichkeit zur geschlossenen Heimunterbringung soll unter anderem wieder geschaffen werden.

Anschließend geht es um die **Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege**. Dazu wurde aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände ein Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Landesverfassung und das Landespflegegesetz geändert werden sollen (Drs. 15/1670). Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, die Volksinitiative für zulässig zu erklären (Drs. 15/1668).

Letzter Punkt am Mittwoch ist die Erste Lesung eines Gesetzentwurfes der Landesregierung zum **Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Institutes für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen** (Drs. 15/1695). Mit der Gesetzesänderung soll das in Mainz ansässige Institut auch für die schriftlichen Abschlussprüfungen der Psychotherapeutinnen und -therapeuten zuständig sein, die diese gemäß Psychotherapeutengesetz ablegen müssen. Auf ein entsprechendes Änderungsabkommen haben sich die Regierungschefs der Bundesländer im Dezember 2001 geeinigt.

Am **Donnerstag, 21. März 2002**, beginnt der Landtag seine Beratungen mit einer **Aktuellen Stunde**: Die FDP-Fraktion hat dafür das Thema

Fusion der Landesbank Kiel mit der Hamburgischen Landesbank beantragt.

Anschließend geht es um die Sicherheit auf See: Mit dem **Artikel 2 des Zweiten Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes** befasst sich ein interfraktioneller Antrag (Drs. 15/1675,neu). Das Gesetz war im Februar im Bundestag beschlossen worden. Nun fordert der Landtag von der Landesregierung, diesem Gesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen, sondern den Vermittlungsausschuss einberufen zu lassen. Der Protest des Landtages richtet sich gegen den im Gesetz vorgesehenen Ausschluss der Öffentlichkeit von den Verhandlungen der Seeämter.

Nächstes Thema ist der Schienenpersonennahverkehr (**SPNV**) und den Öffentlichen Personennahverkehr (**ÖPNV**) **im holsteinischen Teil der Metropolregion Hamburg**. Ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1594) fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Regierung Hamburgs Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG und ihren regionalen Tochterunternehmen aufzunehmen. Ziel ist die Stärkung der Nahverkehrsverbindungen (U-Bahn, S-Bahn).

Mit der **Gesundheitssituation der Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein** befasst sich die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu (Drs. 15/1694). Darin wird unter anderem festgestellt, dass die Migrantinnen und Migranten in der Regel gut in die Gesundheitsversorgung integriert sind.

Am Nachmittag setzt der Landtag seine Beratungen mit der Debatte über **Ziele und Instrumente des Naturschutzes in Schleswig-Holstein** fort (Drs. 15/1574). Grundlage ist wiederum die Antwort auf eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dabei geht es unter anderem um den Bestand natürlicher Flächen und Lebensräume sowie die Akzeptanz des Naturschutzes in der Öffentlichkeit.

Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen (GVP) sind das Thema eines Antrages der CDU-Fraktion (Drs. 15/1599), der anschließend beraten wird. Demnach soll die Landesregierung sich beim Bund dafür einsetzen, dass die europaweiten Schwellenwerte für eine Kennzeichnungspflicht bei Lebens- und Futtermitteln sowie Saatgut nicht unter 1% festgelegt wird. Außerdem soll die Forschung verstärkt werden, um Nachweistechniken zu verbessern und Verfahren für Probeentnahmen zu entwickeln.

Auf Antrag des SSW im Landtag befasst sich das Parlament anschließend mit dem möglichen **Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau** (Drs. 15/1676). Die Landesregierung soll in der laufenden Sitzung zu ihren Planungen einen Bericht abgeben, weil für den 26. März 2002 eine Kabinettsentscheidung dazu angekündigt worden ist.

Nächstes Thema ist das Glücksspiel: Eine **Lotterie für Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz** will die FDP-Fraktion aus der bisherigen Lotterie für Umwelt und Entwicklung (BingoLotto) machen (Drs. 15/1691). Gefördert werden sollen entsprechende Projekte mit regionalem Bezug.

Am **Freitag, 22. März 2002**, geht es zunächst um den **Störfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel**. Dazu haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einerseits sowie CDU und FDP andererseits je einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1669 und 1702,neu). In beiden Anträgen wird die Landesregierung aufgefordert, über den Störfall bzw. Unfall, seine Ursachen und seine Konsequenzen zu berichten.

Mit der **Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufes und der Verbesserung der Einsatzfähigkeit** befasst sich ein CDU-Antrag (Drs. 15/1703), der anschließend beraten wird. Darin wird unter anderem die Einführung der zweigeteilten Laufbahn im gesamten Bereich der Landespolizei gefordert. Damit soll auch Realschulabsolventen der Zugang zum Polizeidienst ermöglicht werden.

Das **Zuwanderungsgesetz**, dessen Beschlussfassung im Bundesrat ebenfalls an diesem Freitag ansteht, soll die Landesregierung ablehnen. Dieses fordert die FDP-Fraktion in einem Landtagsantrag (Drs. 15/1708). Sie bemängelt, dass keine Regelung vorliegt, die den Bund zur Übernahme der Integrationskosten verpflichtet. Zudem sollten die Kriterien für die Niederlassungserlaubnis für hochqualifizierte Spezialisten erleichtert werden, fordert die FDP.

In einem weiteren FDP-Antrag geht es um die **Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben** (Drs. 15/1692). Bestehende und geplante Verpflichtungen der Schulen sollen durch die Landesregierung überprüft werden. Über das Ergebnis soll die Landesregierung in der 25. Tagung (9. - 11.10.2002) des Landtages berichten.

Die **Fortschreibung des Güterverkehrskonzeptes** fordern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von der Landesregierung (Drs. 15/1697). Das gültige Konzept stammt aus dem Juni 1999. In die Überarbeitung

soll unter anderem die Auswirkung der streckenbezogenen Maut für schwere LKW ab 2003 einbezogen werden.

Am Nachmittag stehen als erstes die **Genehmigungsverfahren für Offshore-Windenergieparks** zur Diskussion an. Die CDU-Fraktion hat dazu einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/1704). Darin fordert sie unter anderem eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Genehmigungen durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Zudem soll das Gutachten des Umweltbundesamtes mit dem Titel „Untersuchungen zur Vermeidung und Verminderung von Belastungen der Meeresumwelt durch Offshore-Windenergieparks im küstenfernen Bereich der Nord- und Ostsee“ abgewartet werden, bevor weitere Planungen veranlasst werden.

Anschließend geht es ebenfalls auf Antrag der CDU-Fraktion um die **Weiterentwicklung des IPTS (Institut für Praxis und Theorie der Schule)** (Drs. 15/1716). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, dem Parlament noch in der laufenden Sitzung einen Bericht zum Sachstand der Neustrukturierung dieses Lehrerfortbildungsinstitutes zu geben.

Die **Finanzielle Lage der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)** ist Gegenstand eines Berichtes der Landesregierung (Drs. 15/1486), der danach beraten wird. Es geht dabei um die Neuregelung der Zusatzversorgung für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die tarifvertraglich festgelegt ist. Das bisherige System drohte aufgrund verschiedener Faktoren zusammen zu brechen (3,5 Mrd. DM Defizit). Daher vereinbarten die Tarifparteien im November vergangenen Jahres ein neues Betriebsrentensystem in Form eines Punktemodells, das im Bericht der Landesregierung erläutert wird.

Mit der **Entwicklung und den Perspektiven der Gesamtschulen in Schleswig-Holstein** befasst sich ein weiterer Bericht der Landesregierung (Drs. 15/1660). In Schleswig-Holstein gibt es 23 Gesamtschulen, von denen 21 voll ausgebaut sind. Davon haben 19 Schulen eine gymnasiale Oberstufe. 8% der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler besuchen eine Gesamtschule.

Der **Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung** war Gegenstand eines CDU-Antrages im Landtag (Drs. 15/1598, neu). Der Sozialausschuss empfiehlt dem Landtag nunmehr einstimmig, diesen Antrag anzunehmen.

Über die **Weiterentwicklung der Kulturpolitik** berichtet die Landesregierung danach ebenfalls dem Landtag (Drs. 15/1712). Darin verweist

das Kultusministerium unter anderem auf die seit Mitte 2000 eingesetzte Arbeitsgruppe zur „Evaluation der Kulturförderung“, die zu Beginn des Jahres 2003 ihren Abschlussbericht vorlegen werde.

Letzter Punkt auf der Tagesordnung ist der **Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf für 1999 und 2000** (Drs. 15/1715).

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
2	Änderung des Landespflegegesetzes (Drs. 15/1640)	5
3	Änderung des Tierkörperbeseitigungsgesetzes (Drs. 15/1686)	5
15	Entscheidung über die Zuordnung einer Übertragungskapazität für Hörfunk (Drs. 15/1689)	-
20	Sportförderung für Jungen und Mädchen, Männer und Frauen (Drs. 15/1698)	-
21	Förderung gesundheitsbezogener Leistungen (Drs. 15/1699)	-
27	Chancen der UMTS-Technologie (Drs. 15/1711)	-
32	Austragungsort für die Olympischen Spiele (Drs. 15/1566)	-
35	Energieeinsparung bei den Landesliegenschaften (Drs. 15/1674)	5
36	Änderung der Geschäftsordnung (Drs. 15/1678)	5
37	Erfolgskontrolle ASH 2000 (Drs. 15/1709)	5

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
10	SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des motorisierten Individualverkehrs (CDU) - nach TOP 13 -	-	5	5	5	5	5	5	30
11	Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
12	Zweiter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (CDU) - Mittwoch 10:00 Uhr -	-	15	15	15	15	15	15	90
13	Artikel 2 des Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes (Interfraktionell) - am Donnerstag -	-	5	5	5	5	5	5	30
14	Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau (SSW)	-	5	5	5	10	10	5	40
15	Entscheidung über die Zuordnung eines Übertragungskapazität für Hörfunk (Reg.)	- ohne Aussprache -							
16	Lotterie für Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
17	Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben (FDP)	-	5	5	10	5	5	5	35
18	Störfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 23 am Freitag 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	15	65
19	Fortschreibung des Güterverkehrskonzeptes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Sportförderung für Jungen und Mädchen, Männer und Frauen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							
21	Förderung gesundheitsbezogener Leistungen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
22	Industriefischerei (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - am Mittwoch -	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Unfall im Kernkraftwerk Bruns- büttel (CDU und FDP)	-	-	-	-	-	-	-	-
24	Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs und Verbesserung der Einsatzfähigkeit (CDU) - nach TOP 18 -	-	5	5	5	5	5	5	30
25	Genehmigungsverfahren für Offshore-Windenergieparks (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
26	Zuwanderungsgesetz (FDP) - nach TOP 24 -	-	5	5	5	5	5	5	30
27	Chancen der UMTS-Technologie (CDU)	- ohne Aussprache -							
28	Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität (CDU) - nach TOP 7 -	-	5	10	5	5	5	5	35
29	Weiterentwicklung des IPTS (CDU)	-	5	5	5	5	5	5	30
	Berichte								
30	Bundesrichterwahl (CDU) - am Mittwoch -	5	5	5	5	5	5	5	35
31	Finanzielle Lage der Versor- gungsanstalt des Bundes und der Länder (Reg.) - nicht am Donnerstag -	-	5	5	5	5	5	5	30
32	Austragungsort für die Olympi- schen Spiele 20012/2016 (Reg.)	- ohne Aussprache -							
33	Entwicklung der Gesamtschulen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
34	Volksinitiative für eine men- schenwürdige Pflege - mit TOP 5 -	5	5	5	5	5	5	5	30
35	Energieeinsparung bei den Lan- desliegenschaften	5	- ohne Aussprache -						5
36	Änderung der Geschäftsordnung (Interfraktionell)	5	- ohne Aussprache -						5
37	Erfolgskontrolle ASH 2000 (FDP)	5	- ohne Aussprache -						5

Reihenfolge der Beratung der 21. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettaufzeichnung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 20. März 2002			
12	Zweiter Parlamentarischer Untersuchungsausschuss	90	10:00
4	Gesetz zur Unterbringung von besonders rückfallgefährdeten Straftätern	35	11:30
30	Bundesrichterwahl	35	12:05
22	Industriefischerei	30	12:40
7	Situation der Justiz	90	15:00
28	Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität	35	16:30
34 u.5	Volksinitiative für eine menschenwürdige Pflege	30	17:05
6	Abkommen über die Errichtung des Instituts für medizinische Prüfungsfragen	30	17:35
Donnerstag, 21. März 2002			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
13	Artikel 2 des Seeschiffahrtsanpassungsgesetzes	30	11:30
10	Maßnahmen zur Minderung des motorisierten Individualverkehrs	30	12:00
9	Gesundheitssituation der MigrantInnen	35	12:30
8	Ziele und Instrumente des Naturschutzes	60	15:00
11	Schwellenwerte für Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen	30	16:00
14	Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau	40	16:30
16	Lotterie für Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz	30	17:10
Freitag, 22. März 2002			
18 u.23	Störfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel	65	10:00
24	Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs	30	11:05

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
26	Zuwanderungsgesetz	30	11:35
17	Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen	35	12:05
19	Fortschreibung des Güterverkehrskonzeptes	30	12:40
25	Offshore-Windenergieparks	30	15:00
29	Weiterentwicklung des IPTS	30	15:30
31	Finanzielle Lage der VBL	30	16:00
33	Entwicklung der Gesamtschulen	30	16:30
38	Schutz junger Menschen vor Verschuldung	35	17:00
39	Eiterentwicklung der Kulturpolitik	30	17:35
40	Bericht über die Stiftung Schloss Gottorf	30	

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker